

# Dauerhafte Ausnahme

## Frankreich im „état d'urgence“

Die in Deutschland kaum wahrgenommenen Konflikte bei unseren westlichen Nachbarn haben mich kürzlich dazu animiert, [ein paar Sätze dazu](#) zu schreiben.

Aus Frankreich erhielt ich dazu einen Kommentar, aus dem ich hier kurz zitieren möchte:

*Das Thema "banlieues" ist spezifisch für Frankreich und älter als die 68er: Es stammt aus der Zeit Anfang der 60er, als Frankreich nach dem verlorenen Algerienkrieg auf einen Schlag fünf Millionen Flüchtlinge beherbergen musste.*

*Es entstanden die billig gebauten Ghettos im Norden jeder französischen Stadt. Die sind auch heute noch vorhanden, sind gewachsen durch Zuwanderung aus insbesondere schwarzafrikanischen ehemaligen Kolonien.*

*Ja, das sind No-Go-Zonen, daran hat sich wenig verändert. Die wachsende Härte in der Auseinandersetzung zwischen den dort wohnenden, deprimierten Jugendlichen und der Polizei hat sich seit der Zeit, in der Herr Sarkozy Innenminister war, entwickelt (der hat damals in Interviews erklärt, er wolle die banlieues "auskärchern").*

*Dass diese Entwicklung sich ohne Sarkozy unter Hollande eher noch verschärft hat, ist - ja, das sehe ich so wie Sie - eine Folge einer anwachsenden, latenten Wut, und - ja - die kann sich gerade wegen ihrer Latenz heftig entladen. Es braucht sicher "Anlässe", aber hier wirkt ein anderes Phänomen:*

*Der Ausnahmezustand, der seit Anfang 2015 andauert und regelmäßig verlängert wird.*

Ich habe daraufhin nachgefragt, wie es sich denn, ein wenig abseits von den Brennpunkten, in Frankreich unter dem Ausnahmezustand lebt.

Hier ist der Bericht von W. K. aus Frankreich:

# Dauerhafte Ausnahme

## Frankreich im „état d'urgence“

*Ganz zu Anfang der Ereignisse waren die Franzosen demonstrativ solidarisch.*

*Die Nachricht vom Attentat auf die Redaktion der Zeitschrift Charlie Hebdo verbreitete sich am Nachmittag eines trüben Januartags 2015 wie ein Lauffeuer im Land. Wenige Stunden später versammelten sich zahllose Menschen spontan auf den zentralen Plätzen der Städte (Darunter kaum zahlende Leser dieser Satire-Zeitschrift; Charlie Hebdo stand wegen schwacher Auflage kurz vor dem Aus.), zündeten Kerzen der Solidarität mit Opfern und Überlebenden an, und von den Mauern prangten die ersten „Je suis Charlie“-Graffiti.*

*Das Entsetzen war groß, die Solidarität auch.*

*Aber niemand erwartete Auswirkungen auf seinen eigenen privaten Bereich. Das Attentat war ja eins „auf Ansage“, gezielt gegen Journalisten, die sich – in den Augen der Attentäter – persönlich der Beleidigung des Propheten schuldig gemacht hatten. Kein Attentat gegen normale Bürger.*

*Dieses Attentat, sowie der Überfall auf ein koscheres Lebensmittelgeschäft am Folgetag, brachte vor allem das Wort „Laizismus“ in alle Medien. Jene, durch ein Gesetz von 1905 in Frankreich eingeführte, strikte Trennung zwischen Kirche(n) und Staat, die bis heute omnipräsent ist.*

*Religionsunterricht ist an einer staatlichen französischen Schule einfach undenkbar, genau wie das Kreuz im Klassenzimmer oder das Kopftuch der islamischen Lehrerin oder Schülerin.*

*Pressefreiheit und Laizismus galt es nun zu verteidigen! Die Regierung zelebrierte die Trauerfeier mit zahlreichen Staatsgästen. Präsident Hollande sagte stolz, Frankreich sei nun im Krieg und beteiligte sich von da ab an Luftangriffen in Syrien und im Irak. Eine Sonntagsrede ohne das mehrfache Erwähnen des Wortes „Laizismus“ ist seitdem sehr selten. Häufiger ist damit jedoch inzwischen das Kopftuch als das Kreuz gemeint.*

*Der Alltag der Franzosen hatte sich wenig verändert.*

*Erst beim nächsten Attentat, am 13. November 2015, als an einem Freitagabend in Paris fast 90 Menschen im Konzerthaus Bataclan und an umliegenden Orten starben, änderte sich vieles schlagartig. Die Regierung rief sofort den Ausnahmezustand aus. Für drei Monate, weil der Ausnahmezustand nach dem Gesetz eine Reaktion auf eine besondere Bedrohung sein muss und zeitlich zu limitieren ist.*

*Ab diesem Zeitpunkt wurde vieles anders. Das gerade in unserer Stadt laufende Internationale Filmfestival wurde zunächst vollständig untersagt, da es das öffentliche Kulturhaus nutzte (der private Kinokomplex durfte natürlich währenddessen ohne Auflagen weiter Geld verdienen!). Erst nach Rekrutierung von teurem Sicherheitspersonal wurde es fortgesetzt.*

*Ab dem 14. November wurden nun **alle** Besucher **aller** öffentlichen Gebäude kontrolliert. Brav warteten die Franzosen in der Schlange vor dem Museum, vor der Präfektur, vor dem Rathaus und vor dem Schwimmbad. Und keiner stieg mehr in einen TGV, ohne bei der Kontrolle am Bahnsteig seine vorab gekaufte Fahrkarte zu zeigen. In den folgenden Monaten wurden zahlreiche Scanner angeschafft, damit auch im Museum „Flughafen-Atmosphäre“ beim Durchleuchten der Handtaschen aufkommen konnte.*

Es gab nun den „Plan Vigipirate“ („achte auf die Piraten“).

Man stelle sich bildlich einen wachsamem Staatsbürger im Mastkorb des Schiffes vor, der nach bärtigen islamistischen Terroristen (Piraten) am Horizont Ausschau hält und sofort die Polizei informiert, wenn ihm das Geringste auffällt. Niedliche Personifizierung ernster Themen hat in Frankreich Tradition. Franzosen kannten schon vor vierzig Jahren eine fiktive Indianerfigur namens „Bison futé“ („Schlauer Bison“), der ihnen die Verkehrshinweise zukommen ließ.

Teil von „Vigipirate“ ist auch die Sperrung aller Parkplätze vor öffentlichen Gebäuden, insbesondere auch vor allen Schulen. Das engt den knappen Parkraum weiter ein und das Suchen eines Parkplatzes dauerte jetzt länger. Die Leute lernten, diese Verzögerungen einzuplanen. In Einkaufszentren und Supermärkten war eine Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen dank effektiver Lobbyarbeit kaum merkbar. Die Terroristen hatten wohl zugesagt, ihre Attentate im öffentlichen Raum zu begehen.

Das öffentliche Leben wurde mit Bewachern durchzogen: Städtische Polizei, nationale Gendarmerie und deren Eingreifstaffeln [CRS](#) waren demonstrativ sichtbar. Und Tausende wurden neu rekrutiert. Es lohnt sich, nach „vigipirate“ zu googlen und die gefundenen Bilder anzuschauen. So viele Maschinenpistolen hatten Sie noch nie gleichzeitig auf Ihrem Bildschirm.

Zunehmend lebten die Bewacher die Situation aus: Kaum ein Streifenwagen fuhr mehr ohne Blaulicht und Sirene, ob im Einsatz oder nicht. Und das ganze nahm kein Ende mehr. Immer fand die Regierung einen Anlass, den Ausnahmezustand zu verlängern. Zunächst kam die COP21-Konferenz in Paris, dann nahte die Fußball-EM in Frankreich und dann die Tour de France. Aus der „Reaktion“ auf eine außergewöhnlichen Bedrohung wurde zunehmend eine Präventionsmaßnahme. Das Attentat an der Promenade von Nizza, kurz vor Ablauf der letzten Verlängerung, war dann Anlass für weitere sechs Monate Ausnahmezustand. Und nun verlängert man bis nach der Präsidentschaftswahl - und dann ...?

Maßnahmen und Folgen werden von den Franzosen unterschiedlich kritisch gesehen. Da, wo die Polizeikräfte eindeutig überziehen, wie bei der Vergewaltigung eines jungen Schwarzen mit Hilfe eines Schlagstocks durch einen 19-jährigen Polizisten im Februar 2017, griffen auch Politik und Justiz hart durch und die Öffentlichkeit reagierte heftig. Dass die Chance jedes Farbigen, derzeit kontrolliert zu werden, um ein Zehnfaches höher ist, als die eines weißen Franzosen, wird dann schon nickend hingenommen, zumindest von allen potentiellen Wählern der rechten Parteien.

Der Ausnahmezustand erleichtert Kontrollen, Verhaftungen und längere Untersuchungshaft ohne Begründung. Die zahlreichen Betroffenen (mehrere 10.000!) sind sicher keine Terroristen. Allein 600 Personen haben inzwischen permanenten Hausarrest. Sie dürfen das Heim nur verlassen, um sich bis zu dreimal täglich auf der örtlichen Polizeistation zu melden. Dazu gehören nicht nur junge Leute, die schon mal in den Irak gereist sind.

Es gibt in Frankreich das „Fichier S“, das „S-Register“, in dem sich 5.000 „islamistische Gefährder“ befinden. Das Register hat sich in den vergangenen zwei Jahren gut gefüllt. Ex-Präsident Sarkozy forderte allen Ernstes, diese 5.000 Personen ohne Verfahren in Haft(!) zu nehmen, bevor er in der Vorwahl der Republikaner eine Wahlschlappe erlitt. Aber Premier Valls gab schon mal den Bau von 50.000 neuen Gefängnisplätzen in Auftrag. Gefängnisse sind in Frankreich generell überfüllt.

All dies ändert das Lebensgefühl im Land.

*Man lebt mit der Ausnahme. Über die Sicherheitsfragen hinaus.*

*Auch im politischen Bereich wird in solchen Zeiten die Ausnahme normal: Die Regierung Hollande/Valls konnte mehrere wichtige Gesetze, für die es in den eigenen Fraktionen deutlich keine Mehrheit gab, mit dem Ausnahmeparagrafen 49.3 der Verfassung durch „Beschluss der Regierung ohne Abstimmung im Parlament“ durchboxen.*

*Franzosen haben im Vergleich zu Deutschen auch heute noch einen deutlich ausgeprägteren Drang, aus solchen Anlässen auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. Daran hat sich seit 1789 über 1848 und 1968 (nur die wichtigsten Meilensteine!) wenig geändert. Und so hat es gegen diese Gesetze sehr wohl Proteste gegeben.*

*Der Ausnahmezustand stärkt auf der anderen Seite Polizei und CRS, die Demonstranten zu „disziplinieren“. Ein wichtiges politisches Mittel. Vielleicht ist die Kontinuität der Ausnahme eine Folge dieser Politik.*

---

Was W. K. hier geschrieben hat, ist eine unaufgeregte Schilderung des Zustandes, der oft mit dem Beispiel vom Frosch, den man in einen Topf mit kaltem Wasser setzt, illustriert wird. Erhitzt man das Wasser langsam, wird sich der Frosch darin so lange wohl fühlen, bis er tot ist.

Empfehlen kann ich nur, der Aufforderung nach „vigipirate“ zu googeln zu folgen und dann die „Bilder“-Ergebnisse aufzurufen.

Zu den Gesetzen, die gegen den Widerstand der eigenen Fraktion per § 49.3 der Verfassung nach ganz erheblichem Widerstand der Bevölkerung in Kraft gesetzt wurden, gehört die Neuordnung des Arbeitsrechts. Hierzu empfehle ich, diesen beiden Links zu folgen:

- [Die nüchterne Mitteilung der französischen Botschaft in Deutschland](#)
- [Ein Bericht von der Streikfront gegen diese Gesetzgebung](#)